

EUROPA BRAUCHT FREIE WÄHLER

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler, meine Damen und Herren.

Eine ordentliche Bundesdelegiertentagung der Freien Wähler Deutschlands hat am 24. Januar 2009 in Würzburg bei den Gegenstimmen von Baden-Württemberg und Sachsen beschlossen, dass wir zur Europawahl am 07. Juni 2009 antreten wollen.

Kandidatur mit einer FW - Bundesliste

Weil der Bundesverband als Dach über die Landesverbände die Voraussetzungen für eine Zulassung zur Kandidatur nicht erfüllte, haben wir eine sonstige politische Vereinigung (s.p.V.), die persönliche Mitglieder hat, gegründet und ihr den Namen FW - Freie Wähler gegeben. Die Mitglieder kommen ausnahmslos aus den 16 Landesverbänden der Freien Wähler Deutschland und sollen heute eine Kandidatenliste für die Europawahl aufstellen. Auf unserer flächendeckenden Bundesdeutschen Liste wollen wir erfahrene Frauen und Männer aus der Kommunalpolitik den Wählern anbieten, die nicht wie die Kandidaten der etablierten Parteien eine steile Parteikarriere hinter sich haben. Wir bieten Frauen und Männer an, die in der Lokal und Regionalpolitik fest verankert und ganz nahe bei unseren Bürgern stehen. Mit der Auswahl unserer Kandidaten machen wir deutlich, dass wir für ein Europa der Regionen eintreten wollen und nicht einem zentralistisch geführten „Europamonstrum“ das Wort reden. Europa braucht die Freien Wähler, so wie auch Deutschland die Freien Wähler brauchen wird und das Land Bayern sie bereits gebraucht hat.

Die etablierten Parteien haben sich zwischenzeitlich vom Bürger soweit entfernt, sind von einer Machtbesessenheit erfasst, denken oft an sich selbst und weniger an die Bürger.

Wir Freien Wähler müssen die in den Bundesländern, in der Bundesrepublik und auch in Europa aufgezogene Parteiendemokratie wieder in eine Bürgerdemokratie zurückführen.

Mehr Wähler an die Urne

Wir wagen den Schritt nicht, weil wir den etablierten Parteien aus dem bürgerlichen Lager Stimmen abwerben wollen. Wir wagen diesen Schritt, weil wir die bürgerfernen, abgehobenen

und teilweise hybriden Parteifunktionäre, aber auch viele Parteimitglieder, wieder ein Stück näher zum Bürger bringen.

Wir wollen durch diese Kandidatur auch versuchen, die vernachlässigten und deshalb gleichgültigen Nichtwähler dazu zu bewegen, dass sie gemeinsam mit uns unsere Heimat, unsere Region, unser Land und auch Europa wieder mitgestalten.

...

Europa muss demokratischer werden!

In Europa muss der Begriff Demokratie, Herrschaft des Volkes wieder mehr mit Inhalten ausgefüllt werden.

Wenn wir fordern, dass Europa demokratischer geführt werden muss, ist uns schon klar, dass wir die Kommission nicht vom Volk wählen lassen können. Aber warum sollte nicht der Präsident vom Europäischen Parlament ausgewählt und nicht nur bestätigt werden.

Warum soll es nicht möglich sein, dass auch in Deutschland die Bürger, das Volk über den Lissabonvertrag abstimmen?

Europa muss sich in den nächsten 10 Jahren konsolidieren. Über Neuaufnahmen muss auch der Bürger entscheiden und sein Votum abgeben können. Beides kann keine elitäre Entscheidung sein oder bleiben.

Mehr Demokratie kann auch dadurch erreicht werden, dass man die Europaabgeordneten direkt wählt. Das kann dadurch geschehen, dass man die starre Listenwahl in eine Persönlichkeitswahl umwandelt. Der Wähler sollte die Möglichkeit bekommen aus der langen Liste der Kandidaten, den oder die auszusuchen, von dem seine Interessen am besten vertreten werden können. Das würde den Einfluss der Parteien schmälern, die Rechte des Bürgers allerdings stärken.

Europaparlament braucht mehr Einfluss

Die Einwirkung des Europaparlaments auf die Europapolitik muss verstärkt werden. Bisher entscheiden der Präsident und die Kommissare – von denen es zu viele gibt – selbstherrlich. Sie werden bei ihren Entscheidungen von den Mitgliedsregierungen beraten und beeinflusst. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch der Ministerrat.

Das Europaparlament sollte bereits im Stadium nascendi bei Richtlinien und Verordnungen mit einbezogen werden. Vor allem wenn solche Richtlinien bestimmte Regionen mehr betreffen als andere sollten die Abgeordneten der Region, des Landes intensiver in die Vorbereitung für diese Entscheidungen einbezogen werden. Das gilt auch für die über 70 % der Richtlinien, die die

Kommunen betreffen.

Der Einfluss des Parlaments muss verstärkt werden. Es sollte nicht so sein wie beim „Fränkischen Bocksbeutel“. Die Europaabgeordneten konnten diese bereits gefällte Entscheidung des Verbotes dieser Flaschenform erst nach langem Ringen aushebeln.

Gewaltenteilung realisieren

Die Gewaltenteilung in der Europäischen Union wird nicht wie in den meisten Mitgliedsstaaten korrekt eingehalten. Während die Judikative eindeutig getrennt ist, gibt es zwischen der Legislative und der Exekutive engste Verflechtungen. Das hat für die Effektivität der Richtlinien deutliche Vorteile. Zur Verstärkung der Demokratisierung tragen Verbindungen aber nicht bei. Auch diese Tatsache macht deutlich, dass der Verantwortungsbereich des Europäischen Parlaments gewaltig gestärkt werden muss. Zu allen Mitgliedsstaaten Europas hat das Parlament im Gesetzgebungsverfahren die volle Mitgestaltungsmöglichkeit. Nur im Europaparlament ist ein Abnicken der Richtlinien, die von den Kommissionen vorgelegt werden an der Tagesordnung. Strikte Gewaltenteilung sollte auch in der Europäischen Union realisiert werden.

Lobbyisten in Europa zurückdrängen

In vielen Demokratien Europas blüht der Lobbyismus. Lobbyisten mischen sich oft zu Recht in Gesetzgebungsverfahren ein. In Europa aber wird die Aufdringlichkeit der Lobbyisten zu einem Unwesen.

Jede Organisation, jeder Verband, Gewerkschaften, Arbeitgeber, die Kommunen, viele Verbände im religiösen, kulturellen oder sozialen Aufgabenbereich haben sich in Brüssel sogenannte Niederlassungen eingerichtet.

So haben sich zum Beispiel die Zentralverbände Elektrotechnik und Elektroindustrie für die energiesparende Beleuchtungsrichtlinie eingesetzt und die zuständige Kommission hat diese auch erlassen. Die Zentralverbände haben es fertiggebracht, dass nach der Richtlinie kaum eine kommunale Beleuchtungsanlage in Ordnung ist. Alle müssen saniert werden, weil man noch Glühlampen verwendet, weil die Leuchten nach unten offen sind oder weil die Beleuchtungsanlage vor 1987 erstellt wurde.

Für die neue Sparbeleuchtung müssen also nach dieser Richtlinie Millionen Euros von den Kommunen ausgegeben werden. Gewinner ist dabei die Elektroindustrie, mit den Lobbyisten muss man leben. In keinem Mitgliedsstaat und auch nicht in Brüssel kann man auf sie verzichten.

Aber die Kommissionen und auch das Parlament müssen ihren Einfluss zurückdrängen.

Das Prinzip der Subsidiarität muss gestärkt werden

Was wir in den Regionen und in den Ländern, was man im Bund regeln kann, muss nicht von Brüssel aus geregelt werden.

Ein eklatantes Beispiel ist die „Salzbrezelrichtlinie“. Darüber ist ein „perfider Brotkrieg“ ausgebrochen.

Unter den Deckmantel in allen Mitgliedsländern auf gesunde Lebensmittel zu achten, hat man erstaunlicherweise bei der Europäischen Lebensmittelbehörde in Parma/Italien festgelegt, dass auch im deutschen Brot nur noch 1 Gramm Salz in 100 Gramm Teig sein darf. Bisher war im deutschen Schwarzbrot 2 Gramm Salz pro 100 Gramm enthalten, deshalb wurde es als ungesund eingestuft.

Ich muss den deutschen Bäckern recht geben. Sie haben eine heftige Schlacht um das deutsche Brot vom Zaun gebrochen. Wir alle wollen nicht das „lätschige“ Weißbrot Frankreichs oder Italiens zum Frühstück angeboten bekommen. Wir alle essen lieber das kernige und schmackhafte Schwarzbrot.

Allerdings hat die Kommission nur für die nächsten sechs Jahre die „Salzgrenzwerte“ hoch gesetzt, dann beginnt ein neuer Krieg. Ich bin gespannt, wann der Parmaschinken als gesundheitsgefährdendes Lebensmittel entsalzt wird.

Solche Richtlinien sollten schnellstens im Papierkorb verschwinden. Wir brauchen auch Nahrungsmittel, die uns schmecken, auch das fördert unsere Gesundheit.

Neben den Parteien auch Freie Wähler

Wenn wir in das Europaparlament eingezogen sind werden wir alles versuchen, damit

Europa demokratischer wird
das Europaparlament mehr Einfluss gewinnt
die Gewaltenteilung auch für Europa gilt
der Lobbyismus zurückgedrängt und
das Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird

Mit diesen Leitlinien werden wir in den Wahlkampf ziehen und den Wähler davon überzeugen, dass neben den Parteien das Europaparlament auch

Freie Wähler braucht!